

CorA-Netzwerk fordert Neuausrichtung der EU-Handels- und Investitionspolitik

Für einen gerechten Welthandel – TTIP und CETA stoppen!

Keine Handels- und Investitionsabkommen ohne Unternehmensverantwortung

Das CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung ist ein Netzwerk aus über 50 Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, kirchlichen und entwicklungspolitischen Organisationen, Verbraucher- und Umweltverbänden, die sich für eine am Gemeinwohl orientierte Unternehmensverantwortung („Corporate Accountability“) einsetzen. Das CorA-Netzwerk beobachtet mit großer Sorge die bisherige EU-Handels- und Investitionspolitik, deren einseitige Ausrichtung durch die Freihandelsabkommen CETA¹ und TTIP² noch verstärkt wird. Privaten Investoren werden vor privaten Schiedsstellen exklusive Klagerechte gegen Staaten eingeräumt, und gleichzeitig werden keine durchsetzbaren Verfahren zur Achtung der Menschenrechte und Anwendung von Sozialstandards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verankert. Bei der Entwicklung eines verbindlichen Instruments zur Regulierung von Unternehmensverantwortung, das derzeit auf UN-Ebene verhandelt wird und ein Gegengewicht zur Stärkung von Investorenrechten in Handelsabkommen bilden könnte, verweigern die EU und Deutschland die Kooperation. Das CorA-Netzwerk fordert daher eine grundsätzliche Neuausrichtung für eine Handels- und Investitionspolitik im Dienste der Menschen.

Mit TTIP wollen EU und USA beispielhaft und global wirkende Standards für die weitere Liberalisierung der Märkte setzen. Ausverhandelt ist bereits CETA, die Blaupause für TTIP. Diese völkerrechtlichen Abkommen sollen Zölle und andere Handelshemmnisse abbauen, Investitionsschutz und Kapitalfreiheit verbessern. Das CETA-Investitionskapitel enthält eine sehr breite kapitalbasierte Definition von Investitionen. Als Investition gilt jede Form von Vermögensgegenstand, den ein Investor direkt oder indirekt kontrolliert und der den Charakter einer Investition aufweist (etwa Kapitaleinsatz, legitime Gewinnerwartung, Risikoübernahme). Beispielhaft aufgelistet werden u. a. Unternehmen, Anteile, Aktien, Anleihen von Unternehmen, Geschäftskredite, Konzessionen, Bau-, Produktions- und Umsatzbeteiligungsverträge sowie geistige Eigentumsrechte. Die EU will für Investoren Marktanteile, -zugänge, öffentliche Beschaffungsmärkte und weitere neue Märkte sichern. Während die Opfer von Arbeitsrechtsverletzungen (z. B. Rana-Plaza) und Umweltkatastrophen (z. B. Bhopal) nach wie vor ganz weitgehend ungeschützt bleiben, verhandelt die EU hinter verschlossenen Türen mit den USA und weiteren Staaten über weitreichende Handelsabkommen (CETA, TTIP und TISA³) zum Vorteil privater Investoren und exportorientierter Global Player.

1 Comprehensive Economic and Trade Agreement (<http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ceta/>)
2 Transatlantic Trade and Investment Partnership (<http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ttip/>)
3 Trade in Services Agreement (<http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/tisa/>)

Unsere Kritik

Die Kritik des CorA-Netzwerks für Unternehmensverantwortung richtet sich gegen den machtvollen Lobbyismus der Investoren, die Geheimhaltungspolitik und die Orientierung auf exklusiven Investorenschutz. Auch der Plan, die Märkte für Kultur und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge zu öffnen, und der drohende weitere Unterbietungswettbewerb zu Lasten von Menschenrechten, Umwelt und Sozialstandards durch fehlende Regulierung stehen im Zentrum der Kritik. Die geplanten Abkommen sollen Mechanismen beinhalten, die fortwährend über eine regulatorische Übereinstimmung der jeweiligen Märkte die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen erhöht.

Das CorA-Netzwerk kritisiert die Orientierung der EU auf bilaterale Verträge und die ganz überwiegend einseitige Ausrichtung an den Interessen der Global Player und ihrer Investoren. Ein Transatlantischer Beschaffungsmarkt soll nach dem Willen der EU-Kommission die in den USA verbreitete Bevorzugung lokaler Bieter beseitigen. Dies verstärkt den unsozialen Unterbietungswettbewerb, erhöht unnötig umweltbelastende Verkehrsströme und bedroht regionale Wirtschaftsstrukturen.

Völlig inakzeptabel sind die vorgesehenen exklusiven Investor-Staat-Klagerechte. Damit wird die bestehende Vormachtstellung von Investoren zu Lasten politischer Gestaltungsräume demokratisch gewählter Parlamente und Regierungen ausgebaut. Bestehende nationale und europäische Rechtssysteme bieten schon heute einen ausreichenden Schutz für Kapitalinteressen.

Auf Ablehnung stößt auch eine regulatorische Kooperation, die tief in den Handlungsspielraum von demokratischer Politik eingreift. So sollen Unternehmenslobbyisten an der Seite der EU-Kommission frühzeitig umfassende institutionalisierte Einflussmöglichkeiten auf Gesetzgebungsprozesse erhalten, um die ernsthafte Berücksichtigung von Unternehmensinteressen bei der Regulierung der jeweiligen Märkte zu sichern.

Die EU-Handelspolitik verfolgt keine Schritte zur wirksamen Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Es ist zu befürchten, dass CETA und TTIP die notwendige Schließung von Regulierungslücken zur gesellschaftlichen Verantwortung der Unternehmen dauerhaft blockieren oder erheblich erschweren werden. Im CETA ist das Nachhaltigkeitskapitel ausdrücklich vom Streitschlichtungsmechanismus ausgenommen und bleibt auf der Ebene von Vertragszielen.

Unsere Forderungen

Das CorA-Netzwerk fordert von der Bundesregierung und der EU eine Neuausrichtung der Handels- und Investitionspolitik auf der Grundlage der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Handels- und Investitionspolitik muss zudem vom Multilateralismus getragen sein und dabei auch dem Recht des globalen Südens auf Entwicklung entsprechen. Wir fordern eine breite öffentliche Debatte über einen fairen Rahmen für den Welthandel, der die Menschenrechte, transparente und demokratische, soziale und ökologische Standards sowie Gestaltungsraum für Sozialpolitik, Dienstleistungen im allgemeinen Interesse und kulturelle Vielfalt dauerhaft sicherstellt.

Das CorA-Netzwerk teilt die wachsende Kritik an der bisherigen EU-Handelspolitik und fordert:

- EU-Handelspolitik muss neu ausgerichtet und umfassend transparent werden, damit eine öffentliche Debatte möglich wird.
- Unter Beteiligung der Parlamente, der zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften und Interessengruppen muss eine menschenrechtliche Folgenabschätzung der angestrebten Verhandlungsthemen erfolgen.
- EU-Handelspolitik muss die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte wirksam umsetzen. Menschenrechtliche Folgenabschätzungen, Sorgfaltspflichten, Beschwerdemechanismen und Zugang zu Abhilfe müssen wirksam in die Handelsabkommen integriert werden.
- EU-Handelspolitik muss die wirksame Anwendung der Sozialstandards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sichern.
- Keine Investor-Staat-Schiedsstellen. Diese exklusiven Sonderrechte müssen aus den Verhandlungen herausgenommen werden und sind in bereits ausgehandelten Verträgen zu streichen bzw. zu kündigen.
- Keine Institutionen für regulatorische Kooperation. Jede Regulierung darf ausschließlich durch demokratisch gewählte und kontrollierte Parlamente und auf Grundlage demokratischer Verfahren erfolgen.
- Das Vorsorgeprinzip muss umfassend angewendet werden. Bestehende Standards müssen umfassend respektiert werden, Rechtsetzung für das Allgemeinwohl, für Menschenrechte und Umwelt muss ohne jede Einschränkungen möglich bleiben.
- EU-Handelspolitik muss die Entwicklungszusammenarbeit mit dem globalen Süden stärken sowie auf nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster in Nord und Süd ausgerichtet werden.